

Pressemitteilung

Noch nicht am Ziel: Bildungsplanentwürfe liefern bisher nicht die erhoffte Basis für zukunftsweisende Bildungspolitik in Hamburg

01.06.2022

Die GEST (Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg) begrüßt die Überarbeitung der aktuell gültigen Bildungspläne. „Wir erwarten von den neuen Bildungsplänen, dass diese mutig nach vorne gewandt sind und für die nächsten zehn Jahre die Grundlage schaffen, Schüler*innen zu selbstständigen und verantwortungsvollen jungen Menschen auszubilden“, so Torsten Schütt, Sprecher der GEST.

In den drei Leitperspektiven „Wertebildung / Werteorientierung“, „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und „Leben und Lernen in einer nachhaltigen Welt“ finden wir diesen Anspruch wieder und unterstützen diese Vorgehensweise ausdrücklich. Nach unserer Auswertung der Rückmeldungen aus der Elternschaft der Stadtteilschulen, Gesprächen mit Schulleitungen, Didaktischen Leitungen und Abteilungsleitungen sehen wir allerdings in den Bildungsplanentwürfen leider kaum mehr den Anspruch aus den Leitperspektiven erfüllt. Wir sehen eher eine bildungspolitische „Rolle rückwärts“ und das bisher positiv Erreichte gefährdet.

Hierzu einige ausgewählte Beispiele:

- Die jetzigen Rahmenplanentwürfe bieten eine Stoffüberfrachtung in fast sämtlichen Fächern, so dass projektbezogener Unterricht oder auch die Bildung von Profilklassen kaum bis gar nicht mehr möglich sind. Gerade diese Lernformen ermöglichen die zukunftsgerichtete Aneignung ganzheitlichen und vertieften Wissens.
- Die Überfrachtung mit Inhalten lässt die guten Ansätze der Leitperspektiven völlig verwässern und führt zu mehr Leistungsdruck bei den Schüler*innen. Studien zeigen, dass dies das Risiko der Zunahme von psychosomatischen Krankheiten erhöht.
- Die Kompetenzorientierung tritt in den Hintergrund und wird durch die Stofforientierung dominiert. Das entspricht keiner Weiterentwicklung, sondern einem Rückschritt. Es erinnert an Schule wie vor 30 Jahren.
- Eine Verbesserung der Rechtschreibkompetenz durch die Erhöhung der Anzahl der Klassenarbeiten zu erreichen, halten wir für nicht plausibel. Die Steigerung des Leistungsdruckes in Prüfungssituationen führt nach unserer Auffassung nicht zu einer Verbesserung der Rechtschreibkompetenzen. Hier wären individuelle Maßnahmen und andere Trainingsformen im Unterricht sinnvoller.
- Ein verstärktes Einfließen von Rechtschreibkompetenzen in die Bewertung von Klassenarbeiten auch außerhalb des Faches Deutsch kommt in einer multikulturellen Großstadt wie Hamburg einer Diskriminierung gleich. Bei fast 60% von Schüler*innen an Stadtteilschulen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, ist dies kaum zur Herstellung von Chancengleichheit geeignet.

- Das Thema Digitalisierung ist leider kaum bis gar nicht definiert. Der verpflichtende Einsatz digitaler Werkzeuge und Medien bei Klassenarbeiten ist auch kein strategisches Konzept. Hier gehört wesentlich mehr dazu, um der Leitperspektive gerecht zu werden.
- Elementare Aufgaben wie Inklusion und Integration finden nahezu keine Berücksichtigung in den Entwürfen. Um die Ziele der Leitperspektiven zu erreichen, benötigen die Stadtteilschulen mit ihrer sehr diversen Schülerschaft weitaus mehr Spielräume, um den unterschiedlichen sozialen Umfeldbedingungen gerecht zu werden.
- Die Auswirkungen der Pandemie auf Schule und Schüler*innen wird völlig ignoriert. Wobei die psychischen Folgen und die aufgetretenen Lernrückstände die Bildung in den nächsten Jahren weiterhin nachhaltig beeinflussen wird.

Bundesweit vergleichbare Abschlussqualifikationen sind selbstverständlich wünschenswert. Bezogen auf den Weg dorthin, ist Gleichmacherei mit Flächenländern, die über ganz andere Bevölkerungsstrukturen verfügen, nicht sinnvoll. Das Hamburger Schulsystem hat in den letzten Jahren unter Beweis gestellt, dass es in der Lage ist, den diversen lokalen Gegebenheiten flexibel Rechnung zu tragen. In der KMK kann Hamburg hier uneingeschränkt als positives Beispiel gelten.

Zusammengefasst ist es zwingend notwendig, die Bildungspläne an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und zu überarbeiten.

Hierfür müssen die Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge der einzelnen Verbände und Institutionen berücksichtigt werden, und das **braucht mehr Zeit als bisher vorgesehen**.

Der Zeitdruck für die Umsetzung der Bildungspläne resultiert primär aus dem Schulstrukturfrieden, der vor der Pandemie geschlossen wurde. Die Pandemie hat in den letzten zwei Jahren alles verändert und Prioritäten verschoben, so auch in der Schulpolitik.

Daher fordern wir die Parteien in der Bürgerschaft auf, den Schulstrukturfrieden um drei Jahre zu verlängern und den Auftrag für die Erstellung der Bildungspläne anzupassen. Nach unserer Meinung braucht die Erstellung der neuen Bildungspläne ein Beteiligungsverfahren mit einer breiten Zustimmung und somit mehr Zeit.

GEST Vorstand

Kontakt:

Torsten Schütt

(Sprecher der GEST)

Mobil Tel. 0170 947 05 63

E-Mail: gest-hamburg@gmx.de

Homepage: <http://www.gest-hamburg.de>